

# INFORMATIONEN



## zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien  
und Forschungen (IMSF)  
Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-  
GmbH, Frankfurt/Main

Nr. 1 / 1976 – März

### 1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Nach mehr als zwei Jahren Krise und Depression zeigen sich erste Zeichen einer gewissen wirtschaftlichen Stabilisierung. Die industrielle Produktion ist leicht angestiegen, auch die Auftragseingänge in einigen Industriezweigen haben sich leicht vergrößert. Der Auslastungsgrad der industriellen Kapazitäten steigt etwas, liegt allerdings nach wie vor auf einem sehr niedrigen Niveau. Trotz dieser ersten Anzeichen für eine Besserung der wirtschaftlichen Situation überwiegen gegenwärtig noch die Unsicherheitsmomente.

Die größte Hoffnung der Wirtschaftspolitiker liegt in der Exportentwicklung. Hier aber sind auch die größten Fragezeichen angebracht. Die Bundesrepublik verfügt trotz eines Einbruchs im Jahre 1975 noch immer über einen hohen Exportüberschuß, der die Zahlungsbilanzen der Handelspartner belastet. Bei einer erneuten Exportoffensive der BRD-Konzerne, die staatlicherseits gefordert wird, würde das ohnehin gestörte Gleichgewicht im Welthandel wieder vergrößert. Als Reaktion darauf sind protektionistische Entwicklungen nicht auszuschließen. England hat bereits Importbeschränkungen eingeführt.

Das kapitalistische Weltwährungssystem mit seinen „floatenden“ Wechselkursen stellt trotz zahlreicher internationaler Konferenzen ein zusätzliches Unsicherheitsmoment dar. In den letzten Wochen lastete ein ständiger Aufwertungsdruck auf der DM. Eine Aufwertung konnte von der Bundesbank nur durch den Aufkauf ausländischer Devisen verhindert werden. Eine merkliche Kurssteigerung der DM würde die westdeutschen Waren im Ausland verteuern und damit die Exportchancen der BRD verkleinern.

Die Konjunkturlage in den wichtigsten westeuropäischen Exportländern der BRD gibt überwiegend keinen Anlaß zu übertriebenem Optimismus. In einigen Ländern scheint der „Tiefpunkt“ der Krise erst noch bevorzustehen.

Wenn sich die Erwartungen von Bundesregierung und Unternehmen auf der Exportseite nicht erfüllen, dann ist den optimistischen Prognosen die Grundlage entzogen. Denn von der privaten Nachfrage dürfen 1976 kaum positive Impulse ausgehen. Die

Reallöhne werden 1976 bei kräftigen Wirkungen der Steuerprogression, bei steigenden Sozialabgaben und steigenden öffentlichen Gebühren und Tarifen zurückgehen, wenn es den Gewerkschaften nicht gelingt, ihren Fall aufzuhalten. Die öffentlichen Transferzahlungen wie Renten und Unterstützungen werden – auch als Ergebnis der Sparprogramme – bestenfalls noch langsam ansteigen. Eine Stabilisierung der Konsumnachfrage wird auch von einem Abbau der Spareinlagen nicht erwartet werden können. Denn auch bei einem Aufschwung bleiben die Arbeitsplätze unsicher.

Wenn aber sowohl der Export als auch die private Nachfrage nicht ausreichen, um die Absatzmöglichkeiten entscheidend zu verbessern, dann wird auch die Investitionsnachfrage der Unternehmer gedämpft bleiben – trotz niedriger Kosten. Die öffentliche Nachfrage wird sich nach den Plänen der Bundesregierung nur schwach entwickeln. Die Investitionsnachfrage des Staates wird real stagnieren.

Von einem gesicherten Aufschwung kann also gegenwärtig noch keine Rede sein – die Entwicklung der nächsten Monate birgt noch manchen Unsicherheitsfaktor in sich.

Doch selbst wenn der „Aufschwung“ an Kraft gewinnen sollte, ist damit keine Besserung der sozialen Lage der Arbeiterklasse verbunden. Selbst nach den optimistischen Prognosen der Bundesregierung soll die Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt 1976 bei einer Million liegen. Die Zahl der lohnabhängig Beschäftigten wird weiter um ein Prozent abnehmen. Die Reallöhne werden trotz Aufschwung beschleunigt sinken – wenn die Arbeiterklasse und die Gewerkschaften nicht einen Strich durch die Rechnung von Unternehmern und Regierung machen.

Ebenso wie die Krise die gesellschaftlichen Klassen in sehr unterschiedlichem Maße traf, ebenso wird auch ein wirtschaftlicher Aufschwung sozial sehr ungleich verteilte Vorteile mit sich bringen. Für die Arbeiter und Angestellten wird er mit sinkenden Löhnen, sozialer Demonstration und anhaltender Arbeitslosigkeit, für die Konzerne dagegen mit sprunghaft ansteigenden Gewinnen und sinkender Steuerlast verbunden sein. Auch bei einem Wirtschaftsaufschwung kann die Arbeiterklasse also nicht

mit einer automatischen Verbesserung ihrer Lage rechnen. Es hängt weitgehend von ihrer Geschlossenheit und ihrer Kampfbereitschaft ab, ob die erwartete wirtschaftliche Belebung allein den Konzernen zugute kommt oder ob sie in der Krise verlorenes Terrain wieder zurückgewinnen kann.

#### INHALT:

### 1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Sozialprodukt
- 1.2 Produktion
- 1.3 Investitionen
- 1.4 Außenwirtschaft

### 2 Unternehmergevinne und Konzentration

- 2.1 Unternehmergevinne
- 2.2 Konzentration

### 3 Lage der Arbeiterklasse

- 3.1 Löhne und Gehälter
- 3.2 Steuern
- 3.3 Preise
- 3.4 Kämpfe der Arbeiterklasse
- 3.5 Beschäftigung

## 1.1 Sozialprodukt

Das Bruttosozialprodukt der Bundesrepublik, d. h. die gesamtwirtschaftliche Leistung des Landes, ist im Jahre 1975 um 3,6 Prozent und damit stärker als je zuvor in den Jahren nach der Währungsreform zurückgegangen. Betrachtet man den Zeitraum von 1972 bis 1975 als einen eigenen Wirtschaftszyklus, so beträgt das jahresdurchschnittliche Wachstum in diesem Abschnitt nur rund 1,3 Prozent.

### Bruttosozialprodukt

	In jeweiligen Preisen (nominal)		In Preisen von 1962 (real)	
	In Mrd. DM	In % geg. Vorjahr	In Mrd. DM	In % geg. Vorjahr
1971	761,9	+11,1	545,2	+3,0
1972	833,9	+ 9,5	563,5	+3,4
1973	926,9	+11,2	592,4	+5,1
1974	994,0	+ 7,2	595,0	+0,4
1975 <sup>1</sup>	1 037,8	+ 4,4	573,8	-3,6
1976 <sup>2</sup>	-	+ 8,5-9,5	-	4,0-5,0

1 Vorläufige Berechnung

2 Projektion der Bundesregierung

(Quelle: DIW-Wochenbericht, Nr. 3/4, 1976; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank)

Das Niveau der gesamtwirtschaftlichen Produktion liegt damit nur wenig über dem Ergebnis des Jahres 1972, so daß die Wirtschaftskrise die Entwicklung der BRD um fast 3 Jahre zurückgeworfen hat.

Versucht man die „Kosten“ der kapitalistischen Krise überschlägig zu schätzen, so sieht man sich der Tatsache gegenüber, daß viele Folgen der Krise nicht in Mark und Pfennig auszudrücken sind bzw. auch ungeläufig nicht ermessen werden können. Kaum zu bewerten ist z. B. der Verlust der sozialen Stellung Hunderttausender Arbeitsloser, kaum zu schätzen ist der Verlust an Produktivkräften, den die Vernichtung von Ausbildungspätzen – allerdings nur zum Teil krisenbedingt – nach sich zieht.

Eine ungefähre Vorstellung von der Dimension der systembedingten Krisenkosten gibt aber schon die übliche Statistik. Nach Angaben des Sachverständigenrates (Jahresgutachten 1975, Ziffer 104) war das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential mit 88,5 Prozent um 9 Prozent geringer ausgelastet als im Durchschnitt der letzten 10 Jahre, nachdem der Auslastungsgrad schon 1974 um 3 Prozent geringer war als im Durchschnitt. Wäre das Produktionspotential in den beiden letzten Jahren auch nur durchschnittlich hoch ausgelastet worden – es muß bedacht werden, daß ja auch die Durchschnittsauslastung systembedingt niedriger ist, als es technisch möglich wäre –, so hätten Güter und Leistungen im Werte von rund 136 Milliarden DM mehr produziert werden können. Umgerechnet auf den „Kopf der Bevölkerung“ sind das rund 2200 DM.

Wenn heute versucht wird, den Arbeitern und Angestellten mit dem Hinweis, „es sei weniger zu verteilen“, Lohnverzicht aufzuzwingen, so muß darauf hingewiesen werden, daß der Rückgang des „verteilbaren“ Sozialprodukts Ergebnis einer Wirtschaftsordnung ist, in der die „autonome Entscheidungsfähigkeit der am Wirtschaftsprozeß Beteiligten“ (Jahreswirtschaftsbericht 1976 der Bundesregierung, Ziffer 30) identisch ist mit der unternehmerischen Entscheidung über Produktion, Investitionen und Arbeitsplätze.

Die Verteidiger der „Unternehmerautonomie“ können von den Betroffenen – den Arbeitern und Angestellten – nun schlecht verlangen, die negativen Ergebnisse ihrer Entscheidungen zu tragen. Wo bliebe denn sonst das „unternehmerische Risiko“!

## 1.2 Produktion

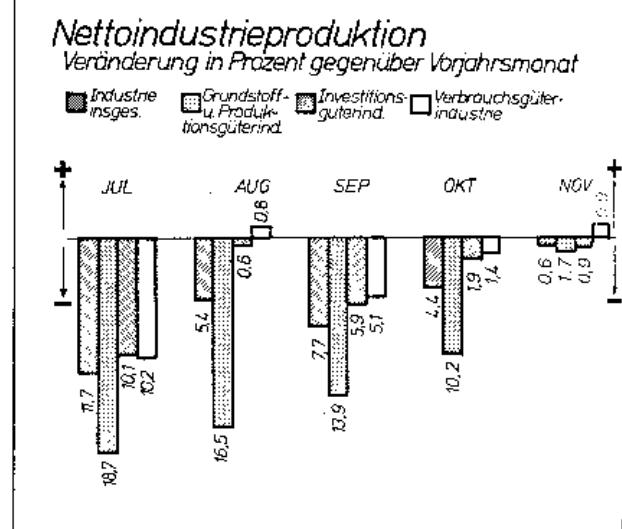
Noch stärker als in der Gesamtwirtschaft war der Produktionseinbruch in der Industrieproduktion. Sie lag 1975 – gemessen am Index der industriellen Nettoproduktion – nur wenig über dem Niveau von 1971. Die Bauindustrie produzierte sogar weniger als 1969.

### Veränderung der Nettoindustrieproduktion 1975 gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	1975	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Industrie insgesamt	- 7,0	- 11,7	- 5,4	- 7,7	- 4,4	- 0,6	+ 0,7
Grundstoff- und Produktionsgüter-industrie	- 13,1	- 18,7	- 16,5	- 13,9	- 10,2	- 1,7	- 0,8
Investitionsgüter-industrie	- 5,9	- 10,1	- 0,6	- 5,9	- 1,9	- 0,9	- 0,6
Verbrauchsgüter-industrie	- 5,8	- 10,2	+ 0,8	- 5,1	- 1,4	+ 0,9	- 0,5

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 1/76, S. 63\*)

Die Abschwächung der Schrumpfungsrate im zweiten Halbjahr ist nicht allein auf die konjunkturelle Entwicklung zurückzuführen: In zweiten Halbjahr 1974 begann der Produktionseinbruch mit voller Kraft einzusetzen, so daß hier auch ein rein statistischer Effekt zu Buche schlägt.



Der Konjunkturzurückgang setzte zuerst im Verbrauchsgüterbereich ein, griff dann auf den Grundstoff- und Investitionsgüterbereich über und führte dort zu besonders scharfen Produktionsverlusten. Dagegen verlief die Entwicklung in den meisten Verbrauchsgüterindustrien in weniger sprunghaften Bahnen. Die Basis des Krisenzyklus ist, das zeigt, daß hier die diskontinuierliche Entwicklung in der Produktionsmittelherstellung. Die Krise nahm ihren Ausgangspunkt im Konsumgüterbereich, wirkte sich aber erst in den extremen Schwankungen der Produktionsmittelherstellung voll aus.

Deutlich wird das schon an der Produktion einzelner Erzeugnisse. So wurden in den vier Monaten Juli bis Oktober 1975 mit 9.299 Millionen Tonnen Walzstahl genau 32,9 Prozent weniger produziert als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die Produktion von Maschinen ging im gleichen Zeitraum bei Metallbearbeitungsmaschinen um 14,1, bei Präzisionswerkzeugen um 16,7 und bei Textilmaschinen um 21,0 Prozent zurück (Wirtschaft und Statistik, 12/75, S. 77\*).

### Veränderung der Nettoindustrieproduktion 1975 gegenüber der Vorjahr in Prozent in ausgewählten Industrien

	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Industrie insgesamt	Grundstoff- und Investitionsgüter-Produktions-güterindustrie	Verbrauchsgüter-industrie		
Industrie insgesamt	- 11,7	- 5,4	- 7,7	- 4,4	- 0,7	Sept.	+ 3,0	- 8,7	+ 11,1	+ 5,7
Eisenschaffende						Okt.	- 0,5	- 4,2	- 1,4	+ 7,3
Industrie	- 29,0	- 30,6	- 28,7	- 30,2	- 22,4	Nov.	+ 3,4	- 0,1	+ 4,4	+ 7,2
Chemische Industrie	- 22,3	- 20,7	- 13,8	- 6,1	+ 5,1	Dez.	+ 12,4	+ 6,0	+ 15,7	+ 15,6
Maschinenbau	- 9,7	- 5,0	- 8,8	- 7,9	- 6,5					
Straßenfahrzeugbau	+ 2,4	+ 19,7	+ 13,0	+ 10,2	+ 17,8					
Elektrotechnische										
Industrie	- 15,3	- 4,6	- 11,3	- 0,3	- 3,5					
Textilindustrie	- 12,6	+ 12,4	- 2,4	+ 0,2	+ 0,9					
Bekleidungsindustrie	- 1,5	+ 8,2	- 0,7	- 5,2	- 1,4					

(Berechnet nach: Wirtschaft und Statistik, 1/76, S. 20\* ff.)

Deutlich ist auch hier gegen Jahresende eine Beruhigung bzw. sogar eine leichte Belebung festzustellen, wobei allerdings der schon oben erwähnte statistische Effekt in Rechnung zu stellen ist.

Eine deutliche Belebung der Produktion ergibt sich im Verlauf des zweiten Halbjahres, wenn man von den saisonbereinigten Werten ausgeht. Im Zeitraum Oktober/November stieg die Produktion gegenüber dem Zeitraum Juni/Juli in der verarbeitenden Industrie insgesamt um 4 Prozent an. Die Grundstoffindustrien produzierten real 7 Prozent mehr, die Investitionsgüterindustrien 2,5 Prozent und die Verbrauchsgüterindustrien 4,5 Prozent.

Die Benutzung von saisonbereinigten Werten ist aber besonders in außergewöhnlichen konjunkturellen Situationen mit erheblichen Fehlerquellen behaftet.

Das kann am Einfluß der Zahl der Produktionstage deutlich gemacht werden. Vergleicht man zwei Monate miteinander, in denen die Zahl der Produktionstage unterschiedlich ist, so ist dieser Vergleich hinsichtlich der konjunkturellen Entwicklung nur aussagekräftig, wenn man den Einfluß dieses Unterschieds, der ja mit der Konjunktur nichts zu tun hat, rechnerisch ausklammert. Es wird also so getan, als ob die Zahl der Produktionstage in den beiden Monaten gleich geblieben wäre. Erst jetzt kann man ermitteln, ob sich die Produktion infolge konjunktureller Entwicklungen verändert hat. Nun ist der Einfluß der unterschiedlichen Zahl der Produktionstage auf die Monatsproduktion nur erfahrungsgemäß festzustellen. Es wird also die Vergangenheit über einen längeren Zeitraum hinweg beobachtet und so festgestellt, welche Auswirkungen der Faktor „Zahl der Produktionstage“ auf die monatliche Produktion hat. Dieser Erfahrungswert wird nun bei der Berechnung aktueller Entwicklungen zugrunde gelegt. Es wird also angenommen, daß der Einfluß rein saisonaler Faktoren – wie z. B. die Zahl der Produktionstage in den verglichenen Monaten – in jeder konjunkturellen Situation das gleiche Gewicht hat.

Das aber ist genau nicht der Fall. Sind die Produktionsanlagen voll ausgelastet, dann dürfte die Zahl der Produktionstage in einem Monat die Höhe der Produktion in diesem Monat stark beeinflussen. In der Depression aber, wenn die Anlagen ohnehin nur zum Teil arbeiten, kann die Produktion eines Monats ohne weiteres auch auf eine geringe Zahl von Arbeitstagen verteilt werden, der Einfluß des Faktors „Zahl der Produktionstage“ ist dann geringer bzw. er kann vernachlässigt werden. Wird nun aber das tatsächliche Produktionsergebnis mit den in der Konjunktur gewonnenen Erfahrungswerten saisonal korrigiert, dann kommt es zu falschen Ergebnissen, der Einfluß saisonaler Faktoren wird überzeichnet. Die saisonbereinigten Vergleichszahlen dürfen daher gegenwärtig die tatsächliche konjunkturelle Entwicklung zu günstig darstellen. Die zum Teil optimistischen Aussagen über die Konjunkturentwicklung stützen sich jedoch zur Zeit noch vorwiegend auf die saisonbereinigten Zahlen. Schon deshalb sind erhebliche Zweifel an ihnen angebracht.

Auch aus der Entwicklung der Auftragseingänge kann zwar eine gewisse Belebung abgelesen werden, keineswegs aber eine eindeutige Konjunkturwende.

### Industrielle Auftragseingänge 1975 gegenüber dem Vorjahr in Prozent

### Industrielle Auftragseingänge 1975 gegenüber dem Vorjahr in Prozent

Inland	Industrie insgesamt	Grundstoff- und Investitionsgüter-Verbrauchsgüter-industrie		
Sept.	+ 4,6	- 7,0	+ 15,9	+ 4,8
Okt.	+ 2,4	- 3,9	+ 6,0	+ 5,9
Nov.	+ 7,2	+ 2,3	+ 13,3	+ 5,1
Dez.	+17,1	+10,3	+23,3	+15,5

Ausland	Industrie insgesamt	Grundstoff- und Investitionsgüter-Verbrauchsgüter-industrie		
Sept.	- 0,6	- 12,8	+ 4,0	+ 11,4
Okt.	- 6,2	- 5,0	- 10,1	- 16,4
Nov.	- 5,3	- 6,0	- 8,5	+ 21,2
Dez.	+ 2,0	- 4,0	+ 2,9	+ 16,2

(Quelle: ebd.)

Die Dezemberzahlen, darauf muß hingewiesen werden, sind nur vorläufig, d. h., sie enthalten noch nicht die vollständigen Ergebnisse. Nach allen Erfahrungen sind die vorläufigen Ergebnisse am Jahresende mit besonders großen Unsicherheiten belastet, so daß ihre Aussagekraft nicht zu hoch bewertet werden darf. Saisonbereinigt ergibt sich für die letzten Monate des Jahres 1975 eher wieder ein Rückgang der Auftragseingänge. Im Dezember gingen sie demnach wieder auf das Niveau vom September zurück, wobei vor allem die Auslandsaufträge rückläufig waren.

Jedenfalls läßt sich bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt die erwartete Belebung der Auslandsnachfrage, auf die die wirtschaftspolitische Strategie der Unternehmer und der Regierung ihre Hoffnung setzt, noch nicht absehen. Seit Oktober ist die Tendenz der ausländischen Auftragseingänge im Gegenteil wieder rückläufig.

Auch die Entwicklung der Auftragsbestände ist durchaus uneinheitlich. Im Investitionsgüterbereich verringerten sie sich zwischen September und Dezember 1975 von 5,3 auf 5 Monate gesicherter Produktionsdauer, während sie sich im Pkw-Sektor von 3,2 auf 3,7 Monate erhöhten (Ifo-Konjunkturtest). Eine verbesserte Auftragslage melden vor allem der Maschinenbau, die Hersteller elektrotechnischer Investitionsgüter und die Büro- und Datentechnik.

Hier scheint sich die verstärkte Verlagerung der Investitionstätigkeit auf Rationalisierungsinvestitionen bemerkbar zu machen. Auch Rationalisierungsinvestitionen beinhalten zunächst belebende Momente für die Konjunktur, können



dem insgesamt schlechten Jahr 1974 ihre Situation wieder erheblich verbessern. BMW wird für 1975 sogar eine höhere Dividende als 1974 vorschlagen, ebenso wie Daimler-Benz. Diese beiden Konzerne hatten schon das Jahr 1974 unbeschadet überstanden.

Selbst Stahlkonzerne wie Mannesmann und Thyssen konnten ein „gutes Ergebnis“ verzeichnen, obwohl der Absatz teilweise sprunghaft zurückgegangen war und in diesem Bereich die ausgewiesenen Gewinne schon 1974 verdoppelt worden waren (vgl. „Info“ 3/1975). Die im Vorjahr auf 14 Prozent erhöhten Dividenden werden daher beibehalten werden.

Der größte westdeutsche Maschinenbaukonzern, die GHH-Gruppe, wird die Dividende ebenfalls auf der Vorjahreshöhe halten. Der ausgewiesene Gewinn scheint zwar leicht zurückgegangen zu sein, liegt aber offensichtlich – nimmt man den „cash-flow“ als Maßstab – immer noch um 14,3 Prozent über dem Ergebnis von 1973.

Ein Musterbeispiel für die „Krisenbewältigung“ durch die meisten Monopole hat Siemens geliefert. Mit einer um 13 000 Arbeiter und Angestellte verminderten Belegschaft – im Inland wurden 14 000 „abgebaut“, im Ausland 1000 zusätzlich eingestellt – wurde der ausgewiesene Jahresüberschuss um 7,8 Prozent oder 39 Millionen DM erhöht (Wirtschaftswoche Nr. 7/1976). Doch dieses Ergebnis täuscht. Siemens hat nämlich 1975 die Pensionsrückstellungen auf ein neues System umgestellt und Gewinne in Höhe von 514 Millionen DM in Form von Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen der Besteuerung entzogen. Dadurch hat der Konzern 230 Millionen DM an Steuern gespart. Trotz erhöhtem Gewinn zahlte Siemens daher mehr als 100 Millionen DM weniger Steuern als im vorangegangenen Geschäftsjahr.

Der große Konkurrent im Elektrobereich, AEG, konnte dagegen die Schwierigkeiten aus dem Vorjahr noch nicht vollständig überwinden und wird abermals einen bilanzmäßigen Verlust ausweisen – was noch nicht heißt, daß tatsächlich Verluste gemacht wurden.

Die Chemiekonzerne, ebenfalls die großen Gewinner des Jahres 1974, werden für 1975 voraussichtlich niedrigere Gewinne ausweisen.

Insgesamt aber scheinen die großen Unternehmen die Krise mit wenigen Ausnahmen gut überstanden zu haben. Das zeigt auch die hohe Selbstfinanzierungsquote der Investitionen, die gegenwärtig bei 97 Prozent liegt.

Da erst jetzt die endgültigen Zahlen vorliegen, soll eine Berechnung des „Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft“ (IPW) der DDR für 1974 vorgestellt werden. Das Institut untersucht jährlich nach der gleichen Methode die tatsächlichen Profite der 100 größten Konzerne der BRD.

#### Profite der 100 größten Industrie-Gesellschaften der BRD in Mill. DM

	1970	1973	1974
Ausgewiesene Bilanzgewinne (Dividenden)	3 326	4 010	3 564
Gesamtprofit	32 857	44 898	49 363
Nettoprofit <sup>1</sup>	28 836	38 536	42 759

<sup>1</sup> Nach Steuern  
(Quelle: IPW-Berichte Nr. 12/1975)

Nach den Berechnungen des IPW veränderte sich bei den großen Konzernen 1974 die Zusammensetzung des Profits. Während der Anteil Profite aus der eigenen Produktion abnahm, stieg der Anteil der Erträge aus Kreditgeschäften, aus Gewinnabführungen von Tochtergesellschaften und aus staatlichen Zuwendungen.

#### 2.2 Konzentration

Eindeutige Wirkung der Krise auf die Unternehmensstruktur ist die Konzentration.

1975 ist die Zahl der Unternehmenszusammenbrüche erneut in die Höhe gegangen.

#### Unternehmenszusammenbrüche

1972	1973	1974	1975
4619	5515	7722	9195

(Quelle: „Info“ 2/75; Statistisches Bundesamt nach: HB vom 16. 2. 1976)

Dazu gehörten allein im 2. Halbjahr 1975 13 Banken, die entweder von größeren Instituten übernommen wurden oder ihre Geschäfte ganz eingestellt haben.

Auf der anderen Seite reagierten viele Unternehmen auf die Krise mit neuen Fusionen und Unternehmensabsprachen.

Ein Musterbeispiel liefert dafür zur Zeit die Stahlindustrie. Am 31. Januar trafen sich in Luxemburg Vertreter des holländischen Stahlverbands, der Arbed-Sidmar-Gruppe, der westdeutschen Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl und der Walzstahlvereinigung und beschlossen die Gründung einer internationalen Wirtschaftsvereinigung. Unter diesem harmlosen Deckmantel verbirgt sich nichts anderes als ein neues Kartell im internationalen Maßstab.

Merkwürdig ist zunächst die Zusammensetzung: es handelt sich nämlich nur um die Stahlgruppen aus den Benelux-Ländern und aus der BRD. Die Stahlindustrie z. B. aus Frankreich und Großbritannien bleibt draußen. Die Erklärung liegt auf der Hand: die Stahlkonzerne der vier Länder sind kapitalmäßig eng miteinander verflochten (Beispiele: Arbed, Estel-Hoesch).

Außerer Anlaß des Treffens: in der BRD sind die „Rationalisierungsgruppen“ offiziell Ende 1975 ausgelaufen. Nach letzten Meldungen wurden sie inzwischen von der Europäischen Kommission bis zum 30. Juni verlängert (FAZ v. 16. 2. 1976). Diese kartellähnlichen Gebilde hatten 1967 die Walzstahl-Verkaufskontore abgelöst.

Tatsächlich ging es den Stahlindustriellen in Luxemburg denn auch um nichts anderes, als die „Rationalisierungsgruppen“ auf der Ebene ihrer international verflochtenen Konzerngruppen zu erneuern. Ziel ist eine Spezialisierung: Die Produktionsprogramme der beteiligten Konzerne werden so auf die beteiligten Partner verteilt, daß jeder Konzern sich auf bestimmte Abmessungen und Qualitäten konzentriert. Die Partner verpflichten sich, ihre Investitionen gegenseitig anzukündigen und Investitionsvorhaben auf Antrag gemeinsam zu beraten. Nach Vertrag verpflichten sich die Beteiligten, ihre Produktionsprogramme so abzustimmen, „daß zu jeder Zeit den Erfordernissen des Marktes und der Abnehmer Rechnung getragen werden kann“ (zit. in: FAZ v. 10. 2. 1976). Es ist kaum zu übersehen, daß hier – verbotene – Produktionsquoten vereinbart wurden. Denn wenn einzelne Produktgruppen auf die verschiedenen Konzerne verteilt werden, dann muß auch vereinbart werden, wieviel in einem bestimmten Zeitraum produziert.

Unter dem harmlosen Deckmantel einer internationalen „Wirtschaftsvereinigung“ soll sich eine enge produktions- und marktmäßige Kooperation der wenigen verbliebenen Stahlkonzerne entwickeln mit dem Ziel, den Markt zu beherrschen, die Preise hochzutreiben und den wissenschaftlich-technischen Fortschritt den Profitinteressen der Beteiligten zu unterwerfen.

Dabei mußten zwar die Stahlkonzerne 1975 teilweise Preiserückgänge in Kauf nehmen, konnten sich jedoch schnell wieder fangen. So kostete Stahlz. B. gegen Jahresende noch 500 DM je Tonne. Im Januar mußten bereits 550 DM, im Februar 580 DM gezahlt werden. Im März wird mit 610 DM gerechnet. Das ist ein Anstieg um 22 Prozent innerhalb von 3 Monaten.

Auch auf längere Sicht sind die Preise ständig angestiegen. Das zeigen z. B. die Exportpreise in Ländern außerhalb der Montanunion.

#### Walzstahlpreise für Exporte in Drittländer (Dollar je Tonne)

	1. 6. 1969	5. 2. 1976	Anstieg in %
Betonstahl	95	220	+132
Walzdraht	102	235	+130
Grobbleche	132	200	+52
Mittelbleche	132	200	+52
Bandstahl	115	230	+100
Feinbleche	137	260	+90

(Quelle: Blick in die Wirtschaft, 5. 2. 1976)

Ahnliche Vorgänge wie bei Stahl sind auch aus anderen Bereichen zu hören. Die Zementindustrie bereitet ein „Strukturkrisenkartell“ vor (Handelsblatt v. 28. 1. 1976), die Industrievereinigung Chemiefaser kündigte ebenfalls „kräftige Preiserhöhungen“ an (FAZ v. 16. 1. 1976).

#### Einkommen der Lohnabhängigen

Nettoeinkommen <sup>1</sup>	Lohnabhängige <sup>2</sup>	Nettoeinkommen je Lohnabhängigen (DM)	Zuwachs in %
1973	313,04	22 838	13 706
1974	339,85	22 734	14 949
1975	358,54	22 484	15 946

<sup>1</sup> Nettolöhne und -gehälter und Arbeitslosenunterstützung in Mrd. DM

<sup>2</sup> Abhängig Beschäftigte und Arbeitslose in 1000

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, Nr. 9/75 und Nr. 1/76; Blick in die Wirtschaft vom 2. 2. 1976; eigene Berechnungen)

Ein Teil der Lohnabhängigen aber ist aus der Beschäftigungsstatistik „verschwunden“, d. h. Ausländer sind abgewandert, arbeitslose Frauen und Jugendliche ohne Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung sind in der „Arbeitsmarktreserve“ verschwunden. Bei einem Jahresvergleich über die Einkommensentwicklung müßten diese Gruppen einbezogen werden. Dadurch würde die Entwicklung der Durchschnittseinkommen weiter gedrückt werden.

Die statistischen Unterlagen reichen nicht aus, um eine solche Berechnung anzustellen. Für die Arbeiterklasse dürfte sich jedoch – bei einer Steigerung der Lebenshaltungskosten um 6,1 Prozent im Jahresdurchschnitt – auch pro Kopf ein deutlicher Reallohnverlust ergeben haben. Darüber hinaus enthalten die Durchschnittswerte auch die hohen Zuwachsraten der Managerbezüge, durch die die Einkommen der Arbeiter und Angestellten überzeichnet werden.

Für 1976 wird mit noch deutlicherem Reallohnabbau gerechnet.

Auch muß berücksichtigt werden, daß die staatlichen Transferzahlungen, d. h. Renten, Kindergeld, Arbeitslosenunterstützung usw. wesentlich schwächer zunehmen werden als 1975. Hier werden sich vor allem die einschneidenden Kürzungen des „Sparprogramms“ bemerkbar machen.

Die Arbeitslosenunterstützungen werden 1976 trotz Preiserhöhungen auch absolut sinken. Nicht nur weil viele Arbeitslose 1976 auf die niedrigere Arbeitslosenhilfe zurückgestuft werden, sondern auch weil das Berechnungssystem des Arbeitslosengelds verändert wird.

Es muß daher fraglich bleiben, ob die von der Bundesregierung angenommene Erhöhung der privaten Nachfrage um 3 Prozent realistisch ist. Denn die hohen Einkommensverbesserungen der Selbständigen und Manager schlagen sich kaum in erhöhtem Konsum nieder. Diese Gelder werden „gespart“, d. h. in Wertpapieren zum Teil spekulativ angelegt.

Das war schon 1975 in erster Linie die Ursache der relativ hohen Sparquote.

Die angestrebte Einkommensumverteilung zugunsten der Unternehmereinkommen dürfte daher eher in Richtung auf eine Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Sparquote wirken.

Die Bundesregierung versucht dieses Problem zu „lösen“, indem von den Lohnempfängern ein verändertes Konsumverhalten erwartet wird. „Es (die Nachfrage, l. G.) hängt mehr von der psychologischen Einstellung der Bevölkerung ab, ob sie kaufen will...“ (Bundeskirtschaftsminister Friderichs in: Wirtschaftswoche Nr. 7/76). Diese Hoffnung hat jedoch keinerlei reale Grundlage.

Selbst wenn die Arbeiter und Angestellten über besonders hohe Sparrücklagen verfügen, die sie jederzeit auflösen können – das ist mehr als fraglich, da ein großer Teil der Ersparnisse nicht jederzeit kündbar ist und Sparverträge langfristig binden – bietet die wirtschaftliche und soziale Lage auch bei einem „Ausschwung“ keinen Konsumanreiz: Die Arbeitslosigkeit wird selbst nach den Annahmen der Bundesregierung im ersten Halbjahr 1976 über dem Niveau der Vorjahres bleiben und zudem sich auch im weiteren Verlauf nur leicht vermindern. Die Real-einkommen werden unzweifelhaft zurückgehen.

Das Marplan-Institut in Offenbach stellte in einer Befragung im Oktober 1975 fest, daß 60 Prozent der Befragten gleich viel, 29 Prozent weniger und 9 Prozent mehr sparen wollten als zuvor (FAZ v. 10. 12. 1975). Berücksichtigt man die gesunkenen Sparfähigkeit und die Geldentwertung, dann kann daraus kaum eine entscheidend beliebte Konsumbeziehung.

reitschaft abgeleitet werden, wenn auch wahrscheinlich einige aufgeschobene Neuanschaffungen in einem gewissen Maße nachgeholt werden müssen.

Es zeigt, auf welch unsicherem Boden die entsprechenden Prognosen stehen, wenn diese auf so unsichere Annahmen gestützt werden müssen.

### 3.2 Steuern

Die Summe der Nettolöhne und -gehälter ist 1975 – im Gegensatz zu allen Vorjahren – etwas schneller angestiegen als die Summe der Bruttoarbeitseinkommen. Die Steuerreform hat also einen gewissen Entlastungseffekt zumindest für das vergangene Jahr mit sich gebracht.

#### Abgabenleistung der Bruttolöhne und -gehälter in Prozent

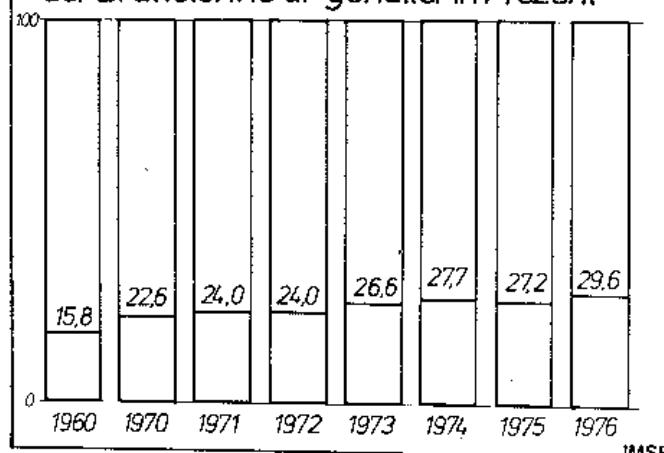
	Sozialversicherung	Lohnsteuer	Abgaben insgesamt
1960	9,4	6,4	15,8
1970	10,7	11,4	22,6
1971	10,6	12,8	24,0 <sup>1</sup>
1972	11,0	13,9	24,0
1973	11,6	15,0	26,6
1974	11,7	15,9	27,7
1975 <sup>2</sup>	12,4	14,8	27,2
1976 <sup>3</sup>	–	–	29,6

1 In den Jahren nach 1971 sind in der Gesamtbelastung auch die hier nicht gesondert aufgeführten Konjunkturabgaben enthalten  
2 Vorläufige Zahlen  
3 Nach Projektion des DIW

(Quelle: WSI-Mitteilungen Nr. 10/75, S. 522)

Die Ergebnisse von 1975 sind noch mit großen statistischen Unsicherheiten belastet. Sichtbar wird allerdings, daß die Entlastungswirkung durch die Steuerreform nur vorübergehend das Unrecht der Steuerrichtung der letzten zwei Jahre ausgeglichen hat. Nach einer Schätzung des Instituts der deutschen Wirtschaft wird die Steuerbelastung allein 1976 wieder um 0,8 Prozentpunkte ansteigen. Diese Annahme ist bewußt niedrig gehalten, sie geht von einer Zunahme der Bruttoarbeitseinkommen um 5 Prozent aus (Bundesregierung: plus 7 Prozent). Schon 1976 dürfte also die Steuerbelastung von 1974 wieder erreicht werden, ganz abgesehen von der sprunghaft erhöhten Belastung durch Sozialabgaben.

#### Abgabenbelastung der Bruttolöhne u.-gehälter in Prozent



Geht man von den vorläufigen Zahlen aus, dann beläuft sich die Entlastungswirkung der Lohnsteuer auf knapp 5,3 Milliarden DM, d. h. die Arbeiter und Angestellten hätten bei gleicher relativer Belastung wie 1974 5,3 Milliarden DM mehr an Lohnsteuer zahlen müssen. Dieses Ergebnis ist mit einiger Sicherheit etwas überhöht, da in den Lohnsteuerzahlungen von 1975 in Höhe von 71,2 Milliarden DM auch 6,9 Milliarden DM an Lohnsteuerrückzahlungen für 1974 berücksichtigt sind (Bulletin der Bundesregierung v. 3. 2. 1976). Die Rückzahlun-

gen werden aber für 1975 niedriger ausfallen, weil eine Reihe von Preibeträgen nun im Tarif eingearbeitet ist.

Da aber die Sozialabgabenbelastung angestiegen ist, beläuft sich die Gesamtbelastung durch die Steuerreform 1975 nur auf 0,5 Prozent der Bruttoarbeitseinkommen oder auf 2,4 Milliarden DM.

Zusätzliche Korrekturen ergeben sich aus dem geänderten System der Kindergeldzahlung.

Rechnet man das Kindergeld zu den Nettoeinkommen hinzu, dann sank die Abgabenbelastung von 26,9 Prozent 1974 auf 24,8 Prozent 1975. Aber auch dann liegt die relative Belastung immer noch weit über dem Stand von 1972. Sie belief sich damals, bezogen man die Kindergeldzahlungen außerhalb des Steuersystems – d. h. für Kinderreiche – von rund 3 Milliarden DM jährlich ebenfalls ein, auf 23,1 Prozent.

Die gesamte Entlastungswirkung einschließlich Kindergeld belief sich demnach 1975 auf etwa 10 Milliarden DM – gegenüber 14 Milliarden DM, von denen die Bundesregierung gesprochen hatte.

Die Auswirkungen der neuen Belastungen von 1976 sollen an zwei Beispielen deutlich gemacht werden, die von der Deutschen Steuer-Gewerkschaft berechnet wurden.

#### 1. Fall

Ein Lediger mit DM 1350,– brutto Monatseinkommen im Jahre 1975 erhält eine Lohnerhöhung von 5,2 Prozent bzw. 70 DM.

	1975	1976	Veränderung in %
Bruttogehalt	1350,–	1420,–	+ 5,2
Lohnsteuer I	178,10	192,50	+ 8,1
Kirchensteuer	16,03	17,32	+ 8,0
Sozialversicherung	206,55	233,36	+ 13,0
Nettogehalt	949,32	976,82	+ 3,3

Von der Lohnerhöhung von 70 DM bleiben netto DM 27,50 übrig, ganze 2,8 Prozent mehr als 1975. Der Reallohn verschlechtert sich also bei Preissteigerungen von durchschnittlich 6,1 Prozent um 3,3 Prozent.

#### 2. Fall

Ein Verheirateter mit zwei Kindern mit 2800 DM Monatsverdienst und 120 DM Kindergeld erhält eine Lohnerhöhung um 5 Prozent oder 140 DM.

	1975	1976	Veränderung in %
Bruttogehalt	2800,–	2940,–	+ 5,0
Lohnsteuer II/2	504,50	554,60	+ 9,9
Kirchensteuer	34,60	39,12	+ 13,1
Sozialversicherung	402,85	444,79	+ 10,4
Nettogehalt	1858,05	1901,49	+ 2,3
Kindergeld	120,–	120,–	0,0
Nettoeinkommen	1978,05	2021,49	+ 2,2

(Quelle: Handelsblatt vom 28. 1. 1976)

Von der Lohnerhöhung um 140 DM bleiben 43,44 DM übrig, 2,3 Prozent mehr als 1975. Da aber die Kindergeldreform das Kindergeld nicht an die Geldentwertung angepaßt hat, wird das gesamte Einkommen noch stärker der Entwertung ausgesetzt. Es erhöht sich nur um knapp 2,2 Prozent. Im Ergebnis steht ein Reallohnverlust von 3,9 Prozent.

### 3.3 Preise

Die Preisentwicklung hat sich insgesamt im Jahresablauf 1975 etwas verringert.

#### Preisindex der privaten Lebenshaltungskosten 1975/76

	Alle Haushalte in % gegenüber Vormonat	Arbeitnehmerhaushalte in % gegenüber Vormonat	Vorjahresmonat	Vorjahresmonat
Januar	+0,9	+6,1	+0,9	+6,2
Februar	+0,5	+5,8	+0,5	+6,0
März	+0,5	+5,9	+0,5	+6,1
April	+0,8	+6,1	-0,8	+6,2
Mai	+0,6	+6,1	+0,6	+6,3
Juni	+0,7	+6,4	+0,7	+6,6
Juli	0,0	+6,2	+0,1	+6,3
August	-0,1	+5,9	-0,1	+6,2
Sept.	+0,5	+6,1	+0,4	+6,3
Oktober	+0,3	+5,8	+0,4	+6,1
November	+0,3	+5,4	+0,3	+5,6
Dezember	+0,3	+5,4	+0,3	+5,6
Januar	+0,8	+5,3	–	–

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, Nr. 1/76)

bank rechnet mit 20prozentigen Baupreiserhöhungen in den nächsten 2 Jahren – dürften das Mietniveau weiter hochtreiben.

Der Preisindex für Elektrizität, Gas und Brennstoffe im allgemeinen Lebenshaltungskostenindex kletterte fast doppelt so schnell wie der gesamte Lebenshaltungskostenindex.

#### Index für Elektrizität, Gas, Brennstoffe

1972	1973	1974	1975	4. Quartal 1975
+4,5	+16,4	-16,8	+10,5	+14,5

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, Nr. 1/76)

Auch hier ist eine erneute Beschleunigung zu erwarten. Die Ruhrkohle AG hat zum 1. Januar die Preise um bis zu 6 Prozent erhöht. Die für den 1. 4. 1976 angekündigte Erhöhung des „Kohlepennigs“ wird eine erneute Preiserhöhung für Strom mit sich bringen. Die Verbraucher werden dadurch allein 1976 mit 1,4 Milliarden DM zusätzlich belastet werden.

Eine gewisse dämpfende Wirkung auf die Preisentwicklung hatten 1975 die industriellen Erzeugerpreise und die niedrigen Importpreise. Im Zusammenhang mit dem tiefen Absatzeinbruch mußten in einigen Bereichen sogar die Preise zeitweilig gesenkt werden, ohne daß allerdings das Preisniveau insgesamt stabil geblieben wäre.

#### Ausgewählte Preisindices in Prozent gegenüber dem Vorjahr

	Industrielle Erzeugerpreise	Ausfuhrpreise	Einfuhrpreise
1972	+ 2,6	+ 2,0	- 0,6
1973	+ 6,6	+ 6,4	+ 12,8
1974	+ 13,4	+ 17,0	+ 28,6
1975	+ 4,8	+ 3,9	- 1,7

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, Nr. 1/75)

Die Hauptursache der gesunkenen Importpreise waren die niedrigeren Rohstoffpreise. Sie gingen von Dezember 1974 auf Dezember 1975 – gemessen am HWWA-Index – um 13,3 Prozent zurück.

Insgesamt kann die Preisentwicklung auch im industriellen Sektor nicht als eine Wiederherstellung der „Preisreagibilität“ betrachtet werden.

Bemerkenswert ist: Auch die industriellen Erzeugerpreise sind insgesamt 1975, in der tiefsten Nachkriegskrise, immer noch schneller gestiegen als vor Ausbruch der Krise im Jahre 1972.

Die westdeutschen Monopole haben die verbilligten Importpreise nicht weitergegeben und allein dadurch zusätzliche Profite realisiert. Monopolistische Preispolitik bezieht sich aber nicht nur auf die Verkäufe sondern auch auf die Einkaufspreise.

Der Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte stieg 1975 – im Gegensatz zu den vorangegangenen Jahren – rasch an. Ursache waren zum Teil politische Maßnahmen im Rahmen der EWG-Marktordnungen. Auch die schlechten Ernten spielen dabei eine Rolle. Die Getreideerzeugung ist z. B. 1975 um 6,2 Prozent gesunken, Kartoffeln wurden 12 Prozent weniger geerntet. Vom Dezember 1974 bis Dezember 1975 stieg der Preisindex um 21,2 Prozent.

Trotzdem wurde auch durch diesen sprunghaften Anstieg die „Preisschere“ zwischen den Einkaufspreisen landwirtschaftlicher Betriebsmittel – Dünger, Maschinen usw. – auf der einen Seite und Erzeugerpreisen auf der anderen nicht geschlossen. Setzt man das Verhältnis zwischen Einkaufs- und Verkaufspreisen im W

hungen angekündigt bzw. schon durchgesetzt haben, denkt man schließlich an die Auswirkungen der vielen Gebührenerhöhungen im öffentlichen Bereich, dann fragt man sich, worauf die Bundesregierung sich stützt, wenn sie für 1976 eine Preissteigerungsrate des privaten Verbrauchs von 4,5 bis 5 Prozent annimmt.

Für einen derartigen Optimismus fehlt jede Basis. Es muß daher angenommen werden, daß diese Prognose „politisch“ insofern ist, als sie auf die Tarifbewegungen des ersten Halbjahres abzielt.

### 3.4 Kämpfe der Arbeiterklasse

Die andauernde Krise, vor allem die Verschlechterung der Kampfbedingungen für die Arbeiterklasse durch die Unsicherheit und ständige Vernichtung von Arbeitsplätzen, benutzen die Unternehmer zu einem Generalangriff auf den sozialen Besitzstand der Arbeiter und Angestellten. Neben dem Abbau von betrieblichen Sozialleistungen – begleitet auf der staatlichen Ebene durch eine soziale Demontage durch das sogenannte Sparprogramm der Bundesregierung – steht ihr Bemühen im Mittelpunkt, in den Tarifverhandlungen eine Senkung des Reallohns zu erzwingen.

Die Tarifabschlüsse in den letzten Monaten 1975 zeigen, daß diese Strategie von Unternehmern und Regierung einen Erfolg gehabt hat.

Die Höhe der Tarifabschlüsse ist kontinuierlich gesunken, obwohl die Lebenshaltungskosten weiter ansteigen und zusätzliche Belastungen durch Steuern und Sozialabgaben zunehmen. Nach Angaben des DGB betragen die durchschnittlichen Tariferhöhungen im Jahre 1974 über 12 Prozent, 1975 hingegen nur noch 6,5 Prozent (Die Quelle, 1/1975 und 1/1976). Einige der letzten Tarifabschlüsse liegen unter der Inflationsrate.

### Einige Tarifabschlüsse im letzten Vierteljahr 1975

Gewerkschaft	Abschluß	Bereich und Anzahl der Beschäftigten (in Klammern)	Inhalt des Abkommens	Laufzeit
IG Bau-Steine- Erden	Oktober	Angestellte in Architektenbüros (100 000)	Gehaltserhöhung 5,8–6,4 %	11 Monate
IG Metall	November	Eisen- und Stahlindustrie NRW und Bremen (220 000)	Lohnerhöhung 5%. 10%ige Aufstockung der Jahresabschluß-12 Monate vergütung, 25 DM Pauschale für halben Oktober 1975, Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um 22 DM	12 Monate ab 1. 1. 1976
IG Chemie	November	Kunststoffverarbeitende Industrie Hessen (8000)	5 % Lohn- und Gehaltserhöhung, Aufstockung des Urlaubsgeldes	12 Monate ab 1. 1. 1976
HBV	November	Bankangestellte (300 000)	Gehaltserhöhung 5,5 %, Erhöhung der tariflichen Sonderzulage und des Mindesturlaubs, Kündigungsschutzklausel (ab 55 Lebensjahre, 15 Jahre im Betrieb)	rückwirkend ab 1. 3. 1975
Gewerkschaft Holz/Kunststoff	November	Tischlerhandwerk Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen (1200)	Lohnerhöhung 6,3 %, Erhöhung der Ausbildungsvergütung (14–17 DM) und des Urlaubsgeldes für Lehrlinge	ab 1. 11. 1975
Nahrung/Gast- stätten/Genuß	Dezember	Bayrische Brauwirtschaft (24 000)	Lohn- und Gehaltserhöhung 6 %	ab 1. 11. 1975

(Quelle: Die Quelle, November, Dezember 1975, Januar 1976)

Der 5-Prozent-Abschluß in der Eisen- und Stahlindustrie, der faktisch einen Reallohnverlust bedeutet, stieß vor allem in den Großbetrieben auf Kritik, in denen es während der Verhandlungen wegen der Verzögerungstaktik und des provokativen Angebots der Unternehmer zu betrieblichen Streiks gekommen war. Mindestens 20 000 Stahlarbeiter hatten in den Großbetrieben von Mannesmann, Hoesch, Rheinstahl und Krupp-Hüttenwerke für kurze Zeit, am 12. und 14. November, die Arbeit niedergelegt.

Nachdem sich in der bayrischen Großbrauereien in einer Urabstimmung fast 90 Prozent der Beschäftigten für Kampfmaßnahmen zur Durchsetzung höherer Löhne und Gehälter ausgesprochen hatten, einigten sich Anfang Dezember die Tarifparteien auf eine Erhöhung von 6 Prozent ab 1. November 1975.

Eine Lohnerhöhung von 6,3 Prozent erstrikten 1200 Tischler in 95 Handwerksbetrieben in Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen. Die Tischlergesellen hatten den Streik bis zu einer Woche ausgedehnt.

um auch die Forderungen der Lehrlinge nach Anhebung der Ausbildungsvergütungen und einem zusätzlichen Urlaubsgeld durchzusetzen.

Zurückhaltung in der Lohnbewegung, wie sie die IG Metall nach der Stahlrunde auch in der metallverarbeitenden Industrie (3,6 Millionen Beschäftigte) mit Lohn- und Gehaltsforderungen zwischen 7,5 und 8,5 Prozent übt, ist noch niemals von den Unternehmern honoriert worden.

Diese Forderungen ebenso wie die ÖTV-Forderung eines 135-DM-Festbetrages (durchschnittlich: 7,6 Prozent) für den öffentlichen Dienst programmieren eine ReallohnSenkung vor. Zurückhaltung ermuntert vielmehr die Unternehmer, wie ihr erpresserisches Vorgehen in den Tarifverhandlungen Anfang Februar 1976 beweist. Aus Protest gegen das diktatorische Verhalten der Metallunternehmer begannen am 4. Februar 20 000 Metallarbeiter in den Großkonzernen Daimler-Benz, Bosch und Trafo-Union mit Warnstreiks. Bis Mitte Februar fanden in fast allen Tarifbezirken kurze Arbeitsniederlegungen statt, an denen sich mindestens 250 000 Streikende, davon allein 160 000 in Baden-Württemberg, beteiligten. Bis Anfang März waren es insgesamt über 350 000 Streikende.

Die Tarifkämpfe erweisen sich auch in der Krise als das Hauptfeld der Klassenauseinandersetzungen, auf dem entschieden wird, ob die Auswirkungen der Krise auf die soziale Lage der Arbeiter und Angestellten verringert werden können.

Neben der offiziellen Tarifpolitik ist aber auch das Feld der überbetrieblichen Leistungen stärker zum Gegenstand betrieblicher Auseinandersetzungen geworden. Die Versuche der Unternehmer, die Krisensituation zum Abbau von tariflich nicht abgesicherten Sozialleistungen – im letzten Vierteljahr 1975 vor allem des Weihnachtsgeldes – zu nutzen, sind in einer Vielzahl von Betrieben mit Streiks und anderen Kampfmaßnahmen beantwortet worden. In vielen Fällen, so z. B. bei co-

wann es auch in der Krise schwieriger ist, gerade auf diesem Gebiet Erfolge zu erkämpfen, so konnten doch in einigen Fällen Entlassungen verhindert werden. In einem zum Madsack-Konzern gehörenden Druckereibetrieb in Hannover wurde Ende Oktober 1975 der Kampf gegen die Zunahme der Arbeitsintensivierung erfolgreich mit der Forderung nach Einstellung neuer Arbeitskräfte verbunden.

Einwirksamer Kampf gegen die Arbeitslosigkeit muß neben der unmittelbaren Abwehr von Entlassungen und Betriebsstilllegungen jedoch die Durchsetzung von Schritten zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in den Mittelpunkt stellen.

### 3.5 Beschäftigung

Trotz der – allerdings noch recht ungewissen – Belebungsanzeichen gegen Jahresende verharrt der Arbeitsmarkt in seiner katastrophalen Lage. Die Beschäftigung nimmt immer noch ab.

#### Beschäftigung in 1000 Personen

	Abhängig In 1000	Beschäftigte In % geg. Vorj.	Ausländer In 1000		In % geg. Vorj.
			In 1000	In % geg. Vorj.	
1972	22 435	+0,1	2 128	+17,8	
1973	22 564	+0,6	2 284	+7,3	
1974	22 152	-1,8	2 177 <sup>2</sup>	-13,6	
1975, 1. Hj. <sup>1</sup>	21 317	-4,1	2 071	-11,2	
2. Hj. <sup>1</sup>	21 047	-3,9	–	–	

<sup>1</sup> Schätzung des Ifo-Instituts

<sup>2</sup> Dezember 1974

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 1/76; Bulletin der Bundesregierung vom 6. 2. 1976)

Gegenwärtig dürfte die Zahl der ausländischen Arbeiter in der Bundesrepublik die Grenze von 2 Millionen bereits unterschritten haben. Damit haben seit dem Höhepunkt der Ausländerbeschäftigung im September 1973 mehr als 600 000 ausländische Arbeiter die Bundesrepublik verlassen müssen, während gleichzeitig die Zahl der deutschen Arbeitslosen hochgeschnellt ist.

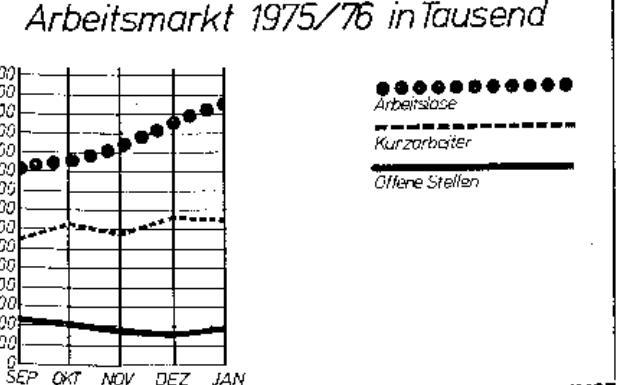
Am Ende des Jahres 1975 waren in der Wirtschaft der BRD fast 1,7 Millionen Lohnabhängige weniger beschäftigt als im Herbst 1973, rund 7,3 Prozent der damals vorhandenen Arbeitsplätze wurden in der Krise schon vernichtet. Die Zahl der Arbeitslosen steigt nach wie vor.

#### Arbeitsmarkt 1975/76 (in 1000)

	Arbeitslose In % geg. Vorj.	Verände- rung geg. Vorj.	Kurz- arbeiter In % geg. Vorj.	Verände- rung geg. Vorj.	Offene Stellen In % geg. Vorj.	Verände- rung geg. Vorj.
September	1 005	+448	639	+374	235	+63
Oktober	1 061	+389	717	+347	210	-38
November	1 114	+315	689	+228	183	-30
Dezember	1 243	+297	748	+45	168	-26
Januar	1 351	+197	743	-144	191	-30

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Nr. 1/76; Bulletin der Bundesregierung vom 6. 2. 1976)

#### Arbeitsmarkt 1975/76 in Tausend



Teilweise wurde in der Entwicklung der Arbeitslosenzahlen zum Jahresende eine konjunkturelle Besserung der Arbeitsmarktlage gesehen. Dabei stützen sich diese Aussagen vor allem auf die Tatsache, daß die von der Deutschen Bundesbank berechneten saisonbereinigten Arbeitslosenzahlen seit September 1975 leicht rückläufig sind. Auch der Hinweis, daß die prozentuale Zunahme der Arbeitslosenzahlen zum Jahreswechsel 1975/76 geringer war als im Durchschnitt der letzten zehn Jahre, liegt auf dieser Ebene.

Doch selbst wenn man annimmt, daß die Auswirkungen der Saisonfaktoren (vor allem Winterstillstand in der Bauwirtschaft) zahlenmäßig gleichgeblieben sind, muß man natürlich von den absoluten Zahlen ausgehen – und dann haben die Arbeitslosenzahlen durchaus stärker zugenommen als in der Vergangenheit.

Tatsächlich aber dürften die saisonalen Faktoren bei insgesamt niedriger Auslastung der Wirtschaft weniger Gewicht haben als in Zeiten der Hochkonjunktur. Viele Arbeiter im Baugewerbe, die sonst im Winter saisonal bedingt arbeitslos wurden, sind bereits viel früher aus konjunkturellen Gründen entlassen worden. Das Verfahren der Saisonbereinigung der Bundesbank aber gibt den Saisonfaktoren bei der Rechnung der Arbeitslosigkeit in der Krise das gleiche Gewicht wie in der „normalen“ konjunkturellen Situation, stellt also die Situation zu günstig dar.

Das zeigt auch die Berufsstruktur der im Januar arbeitslos gewordenen Beschäftigten: Die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter nahm im Januar 1976 um 46 800 zu, langsamer als im Januar 1975. Dagegen erhöhte sich die Arbeitslosigkeit in den Angestelltenberufen stark.

Das Ifo-Institut stellt daher fest: „Der konjunkturelle Höhepunkt der Arbeitslosigkeit scheint bis zum Jahresende allerdings noch nicht erreicht worden zu sein“ (Wirtschaftskonjunktur, Nr. 1/76, A 9).

Der optimistische Ton der Prognosen für die konjunkturelle Entwicklung – soweit diese auch auf unsicherer Grundlage stehen – erstreckt sich nicht auf den Arbeitsmarkt. Die Bundesregierung rechnet für 1976 – vorausgesetzt wird ein Wirtschaftsaufschwung – mit einer Arbeitslosenquote von 4,5 Prozent, also jahresdurchschnittlich etwa 1 Million Arbeitsloser. Im Rahmen dieser Projektion setzt das aber voraus, daß sowohl zusätzlich Ausländer zurückgeschickt werden als auch deutsche Lohnabhängige aus dem Arbeitsprozeß und der Statistik ausscheiden. Denn nach der Projektion der Bundesregierung wird die Zahl der Erwerbstätigen 1976 weiter um 1 Prozent, das sind mehr als 200 000 Personen, abnehmen. Trotz einem erwarteten realen Wachstum von 4 bis 5 Prozent wird also die Zahl der Arbeitsplätze 1976 weiter sinken.

Das Ifo-Institut nimmt an, daß die Arbeitslosenquote bei einem jahresdurchschnittlichen realen Wirtschaftswachstum von 4,5 Prozent im Zeitraum von 1976 bis 1980 bei durchschnittlich 3 Prozent liegen wird.

Das Beispiel der Siemens AG zeigt im einzelnen, warum von einem Anstieg der Produktion keineswegs eine Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt erwartet werden kann.

#### Siemens – Welt

	1973/74	1974/75	Veränderung in %
Umsatz (Mill. DM)	17 226	18 907	+9,8
Sachinvestitionen (Mill. DM)	1 183	1 292	+9,2
Beschäftigte (1000)	309	296	-4,2
darunter:			
Auslandsbeschäftigte	88	89	+1,1

(Quelle: Handelsblatt vom 6./7. 2. 1976)

Die Siemens-Bilanz ist also eine drastische Illustration für den wirklichen Zusammenhang Gewinne – Investitionen – Arbeitsplätze. Wie bereits oben gezeigt, machte Siemens einen erheblichen Gewinnsprung nach vorne, der allerdings in der Bilanz kaum zum Ausdruck kommt. Die Investitionen wurden in diesem Fall zwar erhöht – davon entfielen 317 Millionen DM auf das Ausland –, aber gleichzeitig wurde die Belegschaft vermindert und Kurzarbeit durchgeführt.

Geht man einmal davon aus, daß Siemens die inländischen Investitionen des Geschäftsjahrs 1974/75 in den Geltungsbereich der Investi-

tionsprämie gezogen hat – diese Annahme dürfte nicht allzuweit von der Realität entfernt sein –, dann hat der Konzern sich damit 73 Millionen DM „verdient“. Wenn diese Zahl auch nur ein ungefährer Wert ist, so zeigt sie doch die Dimension des Problems: Der Konzern hat 13 000 Arbeitsplätze vernichtet. Diese Vernichtung wurde mit mehr als 70 Millionen DM staatlicher Prämie finanziert.

Doch die entscheidenden Auswirkungen der Krisenpolitik des Konzerns liegen in der Zukunft. Die Geschäftsleitung teilte mit, daß durch bessere Kapazitätsauslastung, durch Produktivitätsgewinne und durch Verminderung der Kurzarbeit die Produktion real um 15 bis 25

Prozent gesteigert werden könnte, ohne die Zahl der Beschäftigten nennenswert zu erhöhen (FAZ v. 11. 2. 1967).

Dieses Beispiel macht deutlich, daß die Zukunft – unabhängig davon ob „Aufschwung“ oder nicht – für die Arbeiterklasse neue Belastungen mit sich bringen wird. Auch wenn sich im Laufe des Jahres 1976 eine konkurrelle Belebung durchsetzen sollte, wird das ausschließlich eine Belebung der Profite sein. Es hängt also nicht automatisch von „Aufschwung“ ab, ob sich die soziale Lage der Arbeiterklasse in Zukunft wieder verbessert: Darüber entscheidet der Ausgang der Auseinandersetzungen um Löhne und Gehälter, um Sozialleistungen und Arbeitsplätze.

### In diesen Tagen wird ausgeliefert:

Jörg Goldberg, Heinz Jung (IMSF):

## Die Wirtschaftskrise in der Bundesrepublik Deutschland 1974–1976

Ursachen – Auswirkungen – Argumente

„Marxismus aktuell“, Bd. 95  
96 Seiten, 5.– DM



**Verlag Marxistische Blätter GmbH**  
Heddernheimer Landstraße 78a  
6000 Frankfurt am Main

### Statistische Begriffe und Abkürzungen

Index (z. B. Produktionsindex, Lebenshaltungsindex, Preisindex) = Meßziffer, die die relative Veränderung der Größe einer Erscheinung von einem Zeitraum (Basiszeitraum) zu einem anderen (Berichtszeitraum) ausdrückt. Beispiel: Für den Produktionsindex wird als Basisjahr meist 1962 gesetzt. So ist dann der Produktionsumfang von 1962 = 100. In jedem folgenden Jahr wird der Produktionsumfang zu dem von 1962 in Beziehung gesetzt. So ergibt sich 1968 = 131,2, für 1969 = 147,6. Die Produktion ist so 1968 gegenüber 1962 auf 131,2 % und 1969 gegenüber 1962 auf 147,6 % gestiegen. Gegenüber 1968 ist die Produktion 1969 um 16,4 Indexpunkte gestiegen. Das ist nicht gleichzusetzen mit der prozentualen Steigerung. Diese beträgt im vorliegenden Fall 12,5 %, da bei Prozentangaben die jeweilige Vergleichszahl, meist die vorherige (hier 1968) = 100, gesetzt wird.

Tsd. = Tausend; Mio. = Million; v. H. = von Hundert (auch %); Hj. = Halbjahr; Vj. = Vierteljahr; mtl. = monatlich; D = Durchschnitt; BSP = Bruttosozialprodukt; NSP = Nettosozialprodukt.

Zeichen in Tabellen: Steht anstatt einer Zahl „–“, bedeutet das: die Zahl ist gleich 0 oder fällt nicht ins Gewicht; steht anstatt der Zahl „...“, bedeutet das: die entsprechende Zahl ist noch nicht ermittelt.

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt am Main

Verfasser: Dr. Jörg Goldberg, 5000 Köln, und Klaus Pickhaus, 3550 Marburg

Abschlußtermin dieses Berichts: 18. 2. 1976 – Nachdruck nur auszugsweise mit Quellenangabe gestattet.

Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH, Glauburgstraße 66, Postfach 18 03 72 6000 Frankfurt am Main; für Abonnenten der Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage in Abonnementspreis von 25.– DM (einschl. Zustellgebühr) enthalten. Erscheinungsweise vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 1,75 DM, Jahresabonnement 7.– DM (zusätzlich 1,20 DM Zustellgebühr).

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, Xantener Straße 7, 4040 Neuss.